

## Entwicklungszusammenarbeit begreifbar machen.

5 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat in den Jahren der rot-grünen Regierung wieder an Profil gewonnen. Aus den Fehlern der Vergangenheit konnten Lehren gezogen und in der täglichen Arbeit umgesetzt werden. Allerdings leben wir noch immer in einer Welt, in der Hungertod und bitterste Armut für viele Menschen alltäglich sind. Entwicklungsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation. Daher hat die Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und aller staatlichen wie nicht-staatlichen Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtigere Bedeutung als jemals zuvor.

10 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wird aus Steuergeldern finanziert. Deshalb muss sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt werden. Diese Rechtfertigung kann in Zeiten knapper Finanzen nur gelingen, wenn die Menschen die Notwendigkeit der EZ begreifen und akzeptieren. Um dieses Verständnis muss nachhaltig geworben werden.

15 So stellt das BMZ in seinen Richtlinien zur Inlandsarbeit fest, dass man "bei den Menschen in Deutschland keine elementaren Vorkenntnisse zur Lage der Entwicklungs- und Transformationsländer sowie der Entwicklungspolitik voraussetzen" dürfe. Um vor diesem Hintergrund die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zur EZ zu erlangen, fordern die Jusos Baden-Württemberg die Bundesregierung auf, sich für eine verstärkte Inlandsarbeit einzusetzen. Von grundlegender Wichtigkeit sind hier:

20 1. Die bessere finanzielle Ausstattung des BMZ für Zwecke der Inlandsarbeit (hierzu zählen sowohl Maßnahmen, die das BMZ selbst initiiert, als auch solche, die von anderen Trägern erbracht werden). Das BMZ muss darauf hinwirken, dass das von ihm geförderte Informationsmaterial dem notwendigen Qualitätsstandard entspricht, zielgruppengerecht aufbereitet ist und nicht in kontraproduktiver Weise gehäuft und an Fundraising-Interessen orientiert verbreitet wird.

25 2. Die Ausweitung von Programmen für junge Menschen, die diese Zielgruppe an die Probleme der Menschen in den Entwicklungsstaaten heranführen, z. B. Austausch-, Workcamp- und Patenschaftsprogramme und deren nachhaltige finanzielle Ausstattung.

30 Da sich eine solche finanzielle Besserausstattung beim ohnehin knappen finanziellen Spielraum im gesamten bundesdeutschen Haushalt kaum aus sich selbst heraus bewerkstelligen lässt, schlagen wir folgende innovative Finanzierungskonzepte vor und fordern von der Bundesregierung, sich für diese einzusetzen:

35 1. Die zeitnahe, verbindliche Einführung einer EU-weiten Steuer auf alle Flugreisen, die in einem Land der EU starten. Konkret sollten innereuropäische Flüge mit mindestens 2 Euro pro Fluggast belastet werden, internationale Flüge mit mindestens 10 Euro pro Fluggast. Eine Staffelung der Steuer je nach gebuchter Klasse ist aus sozialen Erwägungen ratsam. Die Einnahmen aus dieser Steuer bleiben vorerst dem Land erhalten, welches sie einzieht. Langfristig soll die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit an die EU übertragen werden.

40 2. Eine Neuausrichtung des BMZ-Haushalts nach den Erfordernissen der Millennium Development Goals (MDGs): Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung (market-opening) müssen gesenkt werden. Die hierdurch freiwerdenden Mittel werden neben der Finanzierung der oben genannten Forderungen in solchen Bereichen eingesetzt, die positiven Einfluss auf die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern haben und somit zur Erfüllung der MDGs direkt beitragen. Dies sind zum Beispiel: Wasserversorgung und Ernährungssicherheit, Armuts- und Korruptionsbekämpfung, Gesundheits- und Bildungswesen.

45 Erläuterung zu Forderung 1:

50 Angesichts der gravierenden innenpolitischen Probleme wird es immer schwerer, den Bürgerinnen und  
Bürgern zu vermitteln, dass in vielen anderen Ländern ungleich schlimmere Situationen alltäglich sind. Hier  
haben wir die Verantwortung und die moralische Verpflichtung zu handeln. Schon an der Haltung vieler  
Menschen in der Bundesrepublik zum Thema EU ist aber erkennbar, dass eine wachsende Gefahr der  
Entsolidarisierung mit den Mitmenschen im Ausland besteht. Während jedoch die meisten eine einigermaßen  
55 zutreffende Vorstellung von der Situation hierzulande und in den EU-Mitgliedstaaten haben, sind elementare  
Kenntnisse über die Situation in Entwicklungsländern, die eine korrekte Einschätzung von Nachrichten aus  
diesen Ländern ermöglichen, kaum vorhanden.

Zu dieser schmalen Wissensbasis kommen noch die Verzerrungen durch die Auswahl- und  
Darstellungsmethoden der Medien. Erst durch die Verbreitung von Grundwissen in der Bevölkerung über  
entwicklungspolitische Zusammenhänge wird die Thematik auch für die Medien interessant. Dieser  
60 Teufelskreis muss durchbrochen werden, indem ohne wirtschaftliche Hintergedanken, auf ansprechende und  
eher pädagogische als journalistische Weise in allen Altersschichten das erforderliche elementare  
Grundwissen vermittelt wird.

Das BMZ soll entwicklungspolitische Inlandsarbeit durch freie Träger fördern, um eine breite Themenvielfalt  
und Verbreitung zu erreichen. Es muss jedoch sicherstellen, dass Informations- und Bildungsangebote zur  
65 entwicklungspolitischen Inlandsarbeit nicht von Fundraisinggedanken geleitet werden und infolgedessen zur  
Verfestigung und Verbreitung von Stereotypen beitragen („Pornography of Poverty“).

#### Erläuterung zu Forderung 2:

70 Nur wenn Menschen aus Deutschland die Lebensbedingungen und -umstände in Entwicklungs- und  
Transformationsländern selbst erfahren haben, werden sie die hohe Bedeutung der Entwicklungspolitik  
begreifen. Durch attraktive Begegnungsmaßnahmen und die dabei erfolgende aktive Auseinandersetzung mit  
der Thematik wird Bewusstsein für globale Zusammenhänge gefördert und die Bereitschaft gesteigert, sich in  
Deutschland für die „Eine Welt“ einzusetzen. Als MultiplikatorInnen leisten sie einen wichtigen Beitrag, die  
75 Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit gesellschaftlich zu stärken und zu verankern.

#### Erläuterung zu Finanzierungsvorschlag 1:

Um in Zukunft mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu haben, schlagen wir die  
Einführung einer europaweiten Besteuerung von Flügen vor, und zwar anhand der verkauften Tickets. In  
80 Europa gab es im Jahr 2004 insgesamt 515 Millionen Passagiere, die ein Flugzeug bestiegen. 402 Millionen  
davon bewegten sich innerhalb Europas, 112 Millionen aus Europa hinaus. Unser Vorschlag ist es, Flugtickets,  
die für Flüge innerhalb der EU 25 gelten, mit 2 Euro zu besteuern, und Flüge, die sich aus Europa hinaus  
bewegen, mit 10 Euro zu besteuern. Eine Differenzierung zwischen Business- und Economy Class wäre  
85 zusätzlich noch vorstellbar und auch wünschenswert. Mit solch einer Steuer könnten sich europaweit  
mindestens 1,9 Milliarden Euro einnehmen lassen. Diese Summe würde anteilig nach dem  
Passagieraufkommen auf die EU Länder verteilt. Damit stünden zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland  
346,6 Millionen Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Schon 10 % hiervon würden das  
derzeitige Budget für Inlandsarbeit um mehr als 300 % erhöhen!

#### Erläuterung zu Finanzierungsvorschlag 2:

90 Inzwischen scheint zur Genüge nachgewiesen zu sein, dass die erhoffte Wirkung von wirtschaftlichem  
Wachstum auf die Lebensumstände der breiten Masse nicht oder nur in unzureichendem Maße funktioniert.  
D. h. von einer funktionierenden Wirtschaft (zumal in Entwicklungsländern meist nur ein bis zwei  
Wirtschaftszweige tatsächlich funktionieren) ist leider kein nachhaltig positiver Effekt auf das Bildungsniveau,  
den Gesundheitssektor oder auch nur die Armutsbekämpfung zu erkennen. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche  
95 Öffnung wirkt sich negativ auf das Preisniveau in den Ländern aus, wodurch der Druck der Armut auf die  
Durchschnittsbevölkerung wächst. Deshalb fordern wir eine Konzentration auf solche Hilfe, die direkten  
Einfluss auf die Situation der Menschen hat. Wenn es den Menschen besser geht, wird die Wirtschaft sehr  
wahrscheinlich ebenfalls leistungsfähiger werden.

100 Leider ist es derzeit noch gängige Praxis des BMZ, den größten Teil seiner Mittel in Projekte zur Förderung von  
Wirtschaft zu investieren. Hierin sehen wir sowohl einen Widerspruch zu den Entwicklungszielen als auch  
einen falschen Weg zu deren Erreichen.